

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

92 (2.8.1948)

### Wird Karlsruhe Sitz des Parlamentarischen Rates?

Wiesbaden, 1. Aug. (Dena). Die Stadt Karlsruhe hat die besten Chancen, als Sitz des Parlamentarischen Rates gewählt zu werden, da sie, wie sie in ihrer Bewerbung nach Auskunft der Hess. Staatskanzlei mitteilte, über genügend Raum zur Unterbringung der Angehörigen des Rates und zur Abhaltung der Tagungen verfügt.

Bisher haben sich nach Mitteilung der Staatskanzlei neben Karlsruhe die Städte Bamberg und Göttingen beworben. Neuerdings ist auch Frankfurt als Bewerber aufgetreten. Ministerpräsident Karl Arnold (NRW) hatte am Donnerstag in einer Pressekonferenz außer Karlsruhe die Städte Koblenz, Bonn, Köln, Düsseldorf und Celle als in Frage kommende Tagungsorte angeführt.

### Der Bielefelder Eierkrieg

Bielefeld, 1. Aug. (ap). Nachdem die Stadt Münster in der vergangenen Woche mit einem Käuferstrik der Eier die meisten Besatzer der Obstpreise erreicht, mit dem Beispiel vorangegangen war, veranlaßte der deutsche Gewerkschaftsbund am Samstag ähnliche Maßnahmen auf dem Bielefelder Wochenmarkt. Ein Lautsprecherwagen forderte die Verbraucher, die hohen Preise nicht zu bezahlen, und einen Händler, der Eier für 50 Pfg. das Stück verkaufen wollte, drangen die empörten Hausfrauen ein und bombardierten ihn so lange mit den Eiern, bis er eilig überläuft die Flucht ergriff.

### Urteil im Krupp-Prozeß gefällt

Nürnberg, 1. August (Dena). Das US-Militärgericht III verurteilte am Samstag Alfred Krupp von Bohlen und Halbach zu einer Gefängnisstrafe von 12 Jahren und ordnete die Einziehung des gesamten Vermögens des Hauptangeklagten zugunsten des Amerikanischen Kontrollrats an. Die übrigen 11 Angeklagten erhielten folgende Gefängnisstrafen: Erich Müller 12 Jahre, Friedrich von Bülow 12 Jahre, Eduard Houdremont 10 Jahre, Friedrich Janssen 10 Jahre, Max Im 9 Jahre, Karl Eberhardt 9 Jahre, Zwergen Losser 7 Jahre, Heinrich Korschach 6 Jahre, Heinrich Lehmann 6 Jahre und Hans Kubke 2 Jahre und 10 Monate. Da Kubke diese Strafe durch Untersuchungshaft bereits verbüßt hat, wurde er sofort aus der Haft entlassen. Bei den übrigen Angeklagten wird die Haftzeit ebenfalls angesetzt. Der Angeklagte Karl Heinrich Firsch wurde von sämtlichen Anklagepunkten freigesprochen.

### Zwölf Jahre Gefängnis für Alfred Krupp von Bohlen und Halbach

Nürnberg, 1. August (Dena). Das US-Militärgericht III verurteilte am Samstag Alfred Krupp von Bohlen und Halbach zu einer Gefängnisstrafe von 12 Jahren und ordnete die Einziehung des gesamten Vermögens des Hauptangeklagten zugunsten des Amerikanischen Kontrollrats an. Die übrigen 11 Angeklagten erhielten folgende Gefängnisstrafen: Erich Müller 12 Jahre, Friedrich von Bülow 12 Jahre, Eduard Houdremont 10 Jahre, Friedrich Janssen 10 Jahre, Max Im 9 Jahre, Karl Eberhardt 9 Jahre, Zwergen Losser 7 Jahre, Heinrich Korschach 6 Jahre, Heinrich Lehmann 6 Jahre und Hans Kubke 2 Jahre und 10 Monate. Da Kubke diese Strafe durch Untersuchungshaft bereits verbüßt hat, wurde er sofort aus der Haft entlassen. Bei den übrigen Angeklagten wird die Haftzeit ebenfalls angesetzt. Der Angeklagte Karl Heinrich Firsch wurde von sämtlichen Anklagepunkten freigesprochen.

### Im Telegrammstil

New York. Eine Agentur der Ver. Nationen hat zur Bewertung der Lage deutscher Kinder in ausgebauten Städten eine Million Dollar zur Verfügung gestellt. (Dena-NS)

New York, 13. amerikanische Lehrer und Lehrkräfte werden am Dienstag New York auf dem Seewege verlassen, um sich nach Deutschland zu begeben, wo sie Kinder von Angehörigen der US-Besatzung streikkräfte unterrichten sollen. (Dena-INS)

Ottawa. Der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King gab am Freitagabend offiziell bekannt, daß die Insel Newfoundland in den kanadischen Staatsverband aufgenommen worden sei. (AP)

Den Haag. Prinzessin Juliana hat dem Präsidenten des holländischen Unterhauses, J. B. H. van Schaik (Katholik), mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. (Dena-Reuters)

Rom. Der italienische Senat ratifizierte am Samstag das am 16. April dieses Jahres in Paris unterzeichnete Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa sowie das am 25. Juni dieses Jahres in Rom unterzeichnete ERP-Abkommen mit den USA. (Dena-AP)

Budapest. Der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy hat den Rücktritt des ungarischen Staatspräsidenten Zoltan Tildy angenommen. (Dena)

Belgrad. Die jugoslawische Regierung hat ihren Botschafter in Bukarest, Radonja Golubowitsch, seines Postens enthoben. (Dena-Reuters)

Frankfurt. Zwischen Norwegen und der Bizone wurde nach einer JEIA-Mittlung am Freitag ein Handelsabkommen unterzeichnet, das für die Zeit vom 1. Juli 1948 bis zum 31. Dezember 1949 in Kraft tritt. Der Warenverkehrsvertrag sieht eine Erhöhung der Zölle von 35 Prozent in Kraft treten soll. — Die Patent-Annamestelle Darmstadt, Rheinstraße 102, wird nach Mitteilung der VWV am 1. Oktober 1948 eröffnet. Anmeldungen sind ab 15. August möglich. — Die Verwaltung für Verkehr gab am 31. 7. die Einsetzung einiger neuer

# NEUE SACHRICHTEN

### Neue Kämpfe in Südpalästina

Tel Aviv, 1. Aug. (Dena). In Südpalästina ist es laut AFP in der Nacht zum 28. Juli zu neuen Kämpfen gekommen, als jüdische Verpflegungstransporte von ägyptischen Truppen angegriffen und daraufhin von jüdischer Seite Angriffe auf ägyptische Transporte eröffnet wurden. UN-Beobachter sind auf dem Kampfplatz eingetroffen. Das jüdische Komitee setzte nach einer Meldung des französischen Rundfunks die UN-Beobachter in Palästina am Dienstag von zwei arabischen Waffenstillstandsverletzungen in Kenntnis. Von jüdischer Seite wurde eine „Geheimwaffe“ zur Bekämpfung arabischer Artillerie eingesetzt. Es soll dabei um einen in Israel hergestellten Supergranatwerfer handeln.

Das Arabische Hohe Komitee proklamierte am Samstag seinen Beschluß zur Wiederaufnahme des Heiligen Krieges in Palästina, um die Unabhängigkeit und Freiheit dieses Landes wiederherzustellen.

## Das Berliner ERP-Abkommen ist unterzeichnet worden

### US-Gesetz über wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1948 für Hilfeleistungen bestimmend

#### Bizone wird als integrierender Bestandteil des ERP behandelt

Frankfurt, 1. Aug. (Dena) Das am 14. 7. in Berlin unterzeichnete „Berliner Dokument“ über die Einbeziehung der Bizone in den Marshall-Plan wurde am 30. Juli zur Veröffentlichung freigegeben. Das Dokument gliedert sich in eine Präambel, elf Artikel und einen Anhang, und wurde für die amerikanische Regierung von Botschafter Robert B. Murphy und der Bizone von den Militärgouverneuren General Clay und General Robertson unterzeichnet.

Die Präambel stellt fest, daß die Aufrechterhaltung der Freiheit des Einzelnen und der Unabhängigkeit der westlichen Länder von gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig ist. Um diese Ziele, die auch von den Vereinten Nationen verfolgt werden, zu erreichen, sei es außerordentlich wichtig, wirtschaftliche Hilfeleistungen von außen erforderlich.

Den Hilfeleistungen liegt das amerikanische Gesetz über die wirtschaftliche

#### Zusammenarbeit von 1948 zugrunde, Gemäß seinen Bestimmungen soll die Bizone als ein integrierender Bestandteil des europäischen Aufbauprogramms behandelt werden.

Die von den USA gewährte Hilfe begründet nach Punkt drei des ersten Artikels einen finanziellen Anspruch an Deutschland, der jedoch unter bestimmten Bedingungen herabgesetzt werden kann. Die wirtschafts- und finanzpolitischen Richtlinien, in Artikel drei enthalten, sehen eine Erweiterung des Außenhandels, eine Behebung der Produktions- und Finanznot, die Erhaltung der Währungs- und Finanzverhältnisse vor. Die Abrechnung der Marshall-Plan-Lieferungen erfolgt auf einem besonderen D-Mark-Konto, dem die entsprechenden D-Mark-Gegenwerte gutgeschrieben werden. Diese sollen außer zur Bestreitung bestimmter Verwaltungskosten der Besatzungsbehörden auch zur Währungsstabilisierung und zur Erschließung wirtschaftlicher Hilfsmittel verwendet werden.

Artikel fünf regelt die Überlassung solcher Materialien an die USA, die in dem vereinigten Wirtschaftsgebiet verfügbar sind und von den Vereinigten Staaten

#### wegen zu geringer eigener Vorkommen benötigt werden. Weiter enthält das ERP-Abkommen Bestimmungen über Reiseerleichterungen für amerikanische Staatsbürger und Einfuhrerleichterungen für Sendungen amerikanischer Wohlfahrtsorganisationen.

Die Artikel sieben und acht betreffen den gegenseitigen Austausch von Informationen zwischen den Vertragspartnern, sowie die weitestgehende Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziele und Erfolge des Marshall-Planes.

Artikel neun behandelt die Stellung der vorgesehenen ERP-Mission in der Bizone. Artikel zehn definiert die wichtigsten, im Abkommen gebrauchten Bezeichnungen und Artikel elf schließlich regelt die Geltungsdauer des ERP-Abkommens.

Das Abkommen tritt demnach am Tage seiner Ausrufung in Kraft und soll, falls nicht Sonderbestimmungen wirksam werden, bis zum 30. Juni 1953 in Kraft bleiben. In dem Abkommen und den von den Unterzeichnern ausgetauschten Schreiben werden zusätzlich noch gewisse technische Einzelheiten des Vertrages geregelt.

#### ERP-Administrator Paul G. Hoffman gab nach seiner Rückkehr aus Europa einen Plan zur Unterstützung der europäischen Schuldner-Länder bekannt.

Hoffman wies zuerst darauf hin, daß Frankreich, Griechenland, Österreich und einige andere Länder große Beträge an den USA schulden. Die Situation der Länder, die ihre aufgenommenen Anleihen in europäischer Währung aufgebracht haben und nun nur in Dollar bezahlen können, erhellte er. Außerdem könnten diese Länder durch die sie sonst auf dem stark beengten amerikanischen Markt kaufen müßten. Hoffman betonte, daß dieser Plan von europäischer Seite unterstützt wurde, er brauche lediglich noch von den Vereinigten Staaten endgültig gebilligt zu werden.

#### Verantwortung innerhalb des ERP

Hoffman erläuterte ferner ein Programm für die Aufteilung der Verantwortung im Rahmen des europäischen Wiederaufbauplanes. Er führte folgende drei Punkte an:

1. Jedes Teilnehmerland arbeitet einen Einjahres- und einen Vierjahresplan aus, wobei die von der betr. amerikanischen ERP-Mission unterstützt wird.
2. Die Einjahresprogramme werden der ERP-Verwaltung in Washington zur Billigung unterbreitet.
3. Nach der endgültigen Billigung verhandelt jedes Land direkt mit der ERP-Verwaltung über die Festlegung der bewilligten Beträge als Anleihen oder als Zuwendungen gegeben werden.

## Neuer Schritt der Westmächte in Moskau

### Außenminister Molotow wieder in Moskau — US-Regierungskreise halten eine Änderung der sowjetischen Berlin-Haltung für möglich

#### Washington, 1. Aug. (AP) Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich haben durch ihre diplomatischen Vertreter in Moskau einen vorläufigen Schritt zur Erneuerung ihrer Forderung auf Beendigung der Berliner Blockade eingeleitet, wie das US-Außenministerium am Samstag bekanntgab.

Die Botschafter der Westmächte sind mit neuen Anweisungen ihrer Regierungen versehen, die auf eine Beilegung der Berliner Krise abzielen und gleichzeitig die Tür für allgemeine Verhandlungen mit Sowjetland offenlassen sollen.

Aus der Verlautbarung des US-Außenministeriums vom Samstag geht hervor, daß die westlichen Diplomaten mit Außenminister Zorin nicht die Forderungen der Westmächte erörtern und auch nicht über irgendwelche entscheidenden Fragen verhandeln. Wie der Pressechef im amerikanischen Außenministerium, Michael McDermott, äußerte, hat der US-Botschafter in Moskau, Walter Bedell Smith, Außenminister Zorin als erster westlicher Vertreter in Moskau einen vorläufigen Schritt zur Erneuerung ihrer Forderung auf Beendigung der Berliner Blockade eingeleitet, wie das US-Außenministerium am Samstag bekanntgab.

Die Botschafter der Westmächte sind mit neuen Anweisungen ihrer Regierungen versehen, die auf eine Beilegung der Berliner Krise abzielen und gleichzeitig die Tür für allgemeine Verhandlungen mit Sowjetland offenlassen sollen.

Aus der Verlautbarung des US-Außenministeriums vom Samstag geht hervor, daß die westlichen Diplomaten mit Außenminister Zorin nicht die Forderungen der Westmächte erörtern und auch nicht über irgendwelche entscheidenden Fragen verhandeln. Wie der Pressechef im amerikanischen Außenministerium, Michael McDermott, äußerte, hat der US-Botschafter in Moskau, Walter Bedell Smith, Außenminister Zorin als erster westlicher Vertreter in Moskau einen vorläufigen Schritt zur Erneuerung ihrer Forderung auf Beendigung der Berliner Blockade eingeleitet, wie das US-Außenministerium am Samstag bekanntgab.

#### dem die Westmächte die gegenwärtige Lage beurteilen. Außerdem scheinen die westlichen Vertreter damit ihrer Absicht Nachdruck verleihen zu wollen, daß sie auf der Einberufung einer Konferenz der höchsten Stellen in Moskau selbst bestehen werden.

Der sowjetische Außenminister Molotow ist, wie Dena-Reuters am Samstag meldete, nach Moskau zurückgekehrt. Die Nachricht von der Rückkehr Molotows wurde von inoffizieller, aber zuverlässiger Seite in Moskau mitgeteilt. Ein Beamter des sowjetischen Außenministeriums erklärte die Frage, ob er diese Nachricht bestätigen könne: „Ich kann nicht sagen.“ Amerikanische Regierungskreise erklärten laut INS, das Wiedereröffnen der Berliner Blockade möglicherweise eine Änderung der sowjetischen Haltung in der Berliner Frage bedeuten würde.

#### Die Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs suchten, wie Dena-Reuters soeben aus Moskau meldet, Außenminister Molotow am Samstagabend getrennt im sowjetischen Außenministerium zu sprechen.

Die Vertreter Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs suchten, wie Dena-Reuters soeben aus Moskau meldet, Außenminister Molotow am Samstagabend getrennt im sowjetischen Außenministerium zu sprechen. Der britische Botschafter in Moskau, Geoffrey Harrison, und der britische Geschäftsträger Jeffrey Harrison sprachen als Vertreter Großbritanniens bei Molotow vor. US-Botschafter Bedell Smith und sein sowjetischer Botschafter J. W. Foster sprachen als Vertreter ihrer Regierungen zum sowjetischen Außenminister.

Die Vertreter der drei Westmächte lehnten es nach den Besprechungen mit Molotow ab, eine Erklärung über den Inhalt der Unterredungen abzugeben. Die allgemeine Atmosphäre soll optimistisch gewesen sein. Aus gut unterrichteten diplomatischen Kreisen verriet, daß die Vertreter der drei Mächte eine Zusammenkunft mit Stalin zur Erörterung der gesamten Deutschland-Frage einschließlich Berlin vorgeschlagen haben.

#### Erleichterungen für deutsche Exporteure

#### Frankfurt, 1. Aug. (Dena). Deutsche Exporteure, die Ausfuhrverträge zu einem

Einmaligen Umrechnungskurs von 30 Cents pro Mark abgeschlossen haben, sollen, falls diese Verträge vor dem 25. Juli d. J. genehmigt wurden, DM-Zahlungen zahlen, die dem zulässigen Preis der betreffenden Waren am 6. Juli 1948 entsprechen. Die Denas am 6. Juli 1948 entspricht, wie Dena aus Kreisen der Agentur am Freitag erfährt, eine große Erleichterung für die deutschen Exporteure. Eine große Zahl von Betrieben mit Exportaufträgen hat schwerer Verluste erlitten, wenn ihre DM-Mark umgerechnet worden wären. Viele Ausfuhrverträge wären ohne diese Maßnahme der JEIA annulliert worden. Der Generaldirektor der JEIA, Logan, erklärte hierzu am Freitag, die Maßnahmen sollen die Exporteure vor dem Verlust der Erlöse bewahren. Die Agentur habe nicht die Absicht, ähnliche Erleichterungen auch in Zukunft zu gewähren. Deutsche Waren müßten im Ausland konkurrenzfähigen Preisen abgesetzt werden. Dieses Ziel sei nur dadurch zu erreichen, daß die deutschen Fabrikanten scharf kalkulierten und nur solche Waren herstellten, in deren Erzeugung sie besonders leistungsfähig seien.

#### Die Bergungsarbeiten in Ludwigshafen gehen weiter

Ludwigshafen, 1. Aug. (AP) Die Zahl der festgestellten Toten hat sich inzwischen bis Samstagabend auf 288 erhöht. Die Bergungsarbeiten sind auf 200 oder mehr. Die französischen Soldaten und die deutschen Bergungstruppen setzen ihre Tätigkeit über das Wochenende fort, um die Bergung der in den Ruinen befindlichen Leichen zu beschleunigen. Beisetzungserleichterungen finden am Montag statt.

Der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungszone, General Pierre Koenig, hat laut Sidena am Freitag 50 000 DM für die Opfer der Explosionskatastrophe in Ludwigshafen zur Verfügung gestellt.

Die Gesamtanlagen der Bad. Anilin- und Soda-Fabrik in Ludwigshafen am Rhein sind, wie Dena aus Kreisen der Versicherungswirtschaft erfährt, mit 321 Millionen DM versichert. Unter Federführung des Bergungsausschusses, der für 18 % des Schadens aufzukommen hat, ist fast die gesamte deutsche Assekuranz an dem Versicherungsvertrag beteiligt. Die Frankfurter Allianz hat 2,5 % des Schadens aufzukommen für 10 % des Schadens aufzukommen.

#### Sowjet-Spionage in USA

Washington, 1. Aug. (Dena-INS). Die ehemalige Kommunistin und Leiterin eines sowjetischen Spionagerings in den USA während des Krieges, Elisabeth Bentley, identifiziert am Samstag vor dem Repräsentantenhaus-Ausschuß zur Untersuchung amerikanischer Beteiligungen Leuchlin Currie, einen Verwaltungsbeamten der Roosevelt-Regierung, als die Person, die den Spionagering davon informierte, daß die USA einen sowjetischen Spionagering in der Person von Currie habe. Er habe außerdem geheime Informationen über die Vorgänge in China übermittelt. Miß Bentley sagte weiter aus, daß auch der frühere Unterstaatssekretär im US-Finanzministerium, Harry D. White, für sie arbeitete.

Allen Leiter der in Washington arbeitenden Spione gab es Nathan Gregory Silvermaster an, ebenfalls ein ehemaliger Beamter des Finanzministeriums.

#### Steigerung der Berliner Versorgung

#### Clay: Tägliche Luftfracht soll auf 8000 Tonnen erhöht werden

Berlin, 1. Aug. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay kündigte auf einer Pressekonferenz am Samstag eine weitere Steigerung der Versorgung Berlins auf dem Luftweg an. Eine Erhöhung der täglichen Luftfracht auf 8000 Tonnen wird laut Clay nach Fertigstellung eines dritten Flugplatzes im französischen Sektor möglich sein. Die Luftbrücke nach Berlin wird solange aufrecht erhalten, wie es die Umstände erfordern. Eine Versorgung der Stadt könne jedoch nicht zu einem Dauerzustand werden.

Falls sich die gegenwärtige politische Situation nicht ändert, wird der Winter zweifellos große Härten für die Bevölkerung der Westsektoren mit sich bringen. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern auch solche, wie Öl, Kohle und Treibstoffe, wird nach den Worten des Generals auf jeden Fall sichergestellt werden.

Clay betonte, daß die Vereinigten Staaten unmißverständlich auf ihr Recht auf Anwesenheit und Weiterverbleiben in Berlin hingewiesen haben und kündigte eine Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Lösung der Berliner Krise an. Die Westmächte seien nach wie vor bereit, eine Beilegung bestehender Konflikte auf der Basis von Viermächteverhandlungen herbeizuführen, die jedoch ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in Westdeutschland sein werden. Eine Änderung des alliierten Planes der Westmächte zur Bildung einer

#### Nicht ohne Güterpreishöhung

Frankfurt, 1. Aug. (sch. Eip. Ber.) Die Hauptverwaltung der Eisenbahn machte auf einer Pressekonferenz Angaben über die in den letzten Wochen oft diskutierten Erhöhungen der Gütertarife um 40%. Dies sei eine längst fällige Korrektur der Frachtlage und eine Folge der Entwicklung der allgemeinen Preisverhältnisse. Im übrigen wirke sich eine solche Gütertariferhöhung bei der Frachbelastung nur sehr minimal aus und betrage bei den meisten Gütern nur eine Verteuerung von etwa 1/4 deutschen Pfennig pro kg des Endprodukts.

Direktor Dr. Fries widersprach energisch den kürzlich in Presse und Radio aufgetauchten Behauptungen, die Reichsbahn werde 150 000 Bedienstete entlassen. Im Eisenbahnbetrieb freierwerbendes Personal könne ohne weiteres den Werkstätten und dem Bahnhaltungsbedarf zugeführt werden, die noch Personalbedarf hätten. Der Bedarf betrage zur Zeit rund 500 000 Bedienstete. Nach Angaben von Reichsbahndirektor Brill soll der Wagenpark durch Ausbesserungen und Neubau für die erhöhten Aufgaben ausgereicht werden, die aus der Verwirklichung des ERP zu erwarten sind. Am 2. August wird ein Ausbesserungsprogramm B gestartet, das zum Ziel hat, bis Ende 1949 den Bestand bei Lokomotiven um 1250, bei Personenzügen um 2300 und bei Güterwagen um 42 500 Fahrzeuge zu erhöhen.

#### Die deutsche Guthaben im Ausland

Seit Kriegsende sind die deutschen Auslandsguthaben in Höhe von etwa 1 Milliarde Gold und Devisen, die in der Schweiz, in Spanien und Schweden deponiert oder als Wertpapiere börsennotierte Vermögensdarstellungen, wiederholt Gegenstand eingehender Beratungen, aber auch starker Verstimmungen geworden. Nachdem Schweden auf Grund seiner Abkommen mit den USA, England und Frankreich etwa 235 Millionen Kronen als Gegenwert deutscher Vermögens überweisen und selbst Spanien nicht gezögert hat, rund 80 Millionen Pesetas als Gegenwert für deutsche Aktien zu überweisen, ist es in den letzten vier Wochen zwischen der Schweiz und den USA zu Verstimmungen gekommen, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Im Herbst 1944 wurde zwischen der Eidgenossenschaft und den USA das sogenannte Curry-Abkommen geschlossen. Auf Grund desselben löste die Schweiz in stark einseitiger und neutralitätswidriger Weise sämtliche mit Deutschland bestehende Abkommen und begründete dieses Verhalten mit der grundsätzlichen auch in Nürnberg durch den amerikanischen Hauptanklage-Vertreter nicht akzeptierten Behauptung, die mit dem Reich abgeschlossenen Verträge seien infolge der Lieferungsunmöglichkeit Deutschlands einseitig geworden. Dieses Curry-Abkommen war das Präliminum des sogenannten Washingtoner Abkommens zwischen Bern und den USA. Dasselbe bestimmte das Los der deutschen Guthaben im Ausland sowie des sogenannten Raubgoldes, das die zuständigen deutschen Stellen während des Krieges in den besetzten Ländern an sich gerissen und der Schweizerischen Nationalbank verkauft hatten.

Inzwischen begann das Interalliierte Reparationskomitee in Brüssel seine Arbeiten. Seine Aufforderung an die Schweiz, seine erste Rate von 100 Millionen Schweizer Fr. als 6-monatige Zahlung zu überweisen, wurde vom Bundesrat in Bern strikte abgelehnt; denn nicht das Interalliierte Reparationskomitee war Vertragspartnerin der Schweiz, sondern die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs. Großbritannien Unterstaatssekretär Mayhew hatte im Unterhaus einen Vorstoß gegen Bern unternommen. Es wurde angeklagt, die Verschleppung der deutschen Guthaben-Angelegenheit zu betreiben. Diese Beschuldigung wurde in der Schweiz mit um so stärkerem Befremden aufgenommen, als Mayhew auch von diplomatischen Noten der Öffentlichkeit Kenntnis gab, die der französische Botschafter und die Gesandten Washingtons und Londons am 11. Mai 1948 in Bern überreicht hatten. Der seit je vertretene Standpunkt der Schweiz geht dahin, daß die Liquidierung der deutschen Guthaben nur und erst dann vorgenommen würde, wenn eine Einigung über den Umrechnungskurs zwischen Franken und Mark auf dem Wege der Verhandlungen erzielt worden ist. Alle diesbezüglichen Versuche führten zu keinem Ergebnis. Im übrigen erklärte der Bundesrat, diese Streitfrage dem in Washingtoner Finanzabkommen vorgesehenen Schiedsgericht unterbreiten zu wollen.

Inzwischen scheinen nach schweizerischer Darlegung die USA eine Verkopplung des deutschen Guthaben-Problems mit den schweizerischen Kriegsschäden zu versuchen. Auf Antrag einer Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses hat nach Pressmeldungen das amerikanische Staatsdepartement die Bereitstellung von 10,6 Millionen Dollar zur Deckung der schweizerischen Kriegsschäden-Ansprüche, vor allem wegen der Bombardierung Schaffhausens, abgelehnt. Mit Befremden sollte die schweizerische Öffentlichkeit fest, daß die schweizerischen Entschädigungsansprüche mit den deutschen Guthaben-Fragen nicht gemein haben, daß weiterhin diese Ansprüche durch die USA bereits seit längerem anerkannt sind, so daß die Liquidierung der deutschen Guthaben einzig, die mangelnde Mitwirkung der Alliierten im Wege steht. Der Bundesrat hat auf die alliierte Note vom 11. Mai 1948 die Antwort erteilt, daß die Schweiz von ihrem eigenennommenen Standpunkt in der deutschen Guthaben-Frage nicht abgehen könne. Ebenso war vorher schon durch die Schweizerische offiziöse Telegraphen-Agentur die Behauptung des Interalliierten Reparations-Ausschusses in Brüssel zurückgewiesen worden, die Schweiz habe es sich angelegen sein lassen, die Interessen einer kleinen Gruppe deutscher Eigentümer zu schützen, während sie die moralischen und rechtlichen Ansprüche der Alliierten mißachte! Außerdem wurde durch das Politische Departement in Bern die Feststellung getroffen, daß die in den letzten Tagen eingetroffenen alliierten Antworten auf die vom Politischen Departement mit Bezug auf die Durchführungsmöglichkeit des Abkommens gestellten Fragen die notwendige Klärung nicht gebracht haben. Damit dürfte die durch die Schweiz vorgeschlagene und im Washingtoner Abkommen vorgesehene Schiedsgericht nach seiner Annahme durch die USA, England und Frankreich in Funktion treten, dies um so mehr, als die Schweiz auch den Standpunkt vertritt, daß die durch die amerikanische und niederländische Regierung aufgeworfene Frage der während des Krieges in Holland beschlagnahmten Goldbestände der Niederländischen Bank so wie alle anderen Ansprüche alliierter Regierungen oder ihrer Notenbanken durch die bereits erfolgte Zahlung von 250 Millionen Franken als endgültig erledigt zu betrachten sind, soweit es sich um während des Krieges von der Schweiz erworbenes Gold handelt.

Zur Überprüfung das amerikanische State Department den schweizerischen Schiedsgerichts-Vorschlag. Es darf damit gerechnet werden, daß angesichts amerikanischer Vorliebe für schiedsrichterliche Verfahren die Zustimmung der USA — vielleicht mit einigen Vorbehalten — erfolgen wird. Schon einmal hat die Schweiz gegen einen europäischen Großstaat, Frankreich, einen Prozeß vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag geführt; anläßlich des Genfer Zonenstreits. Die Schweiz hat diesen Prozeß gewonnen. Wird es auch den neu geplanten gewinnen? Der Rechtsausschuss der schweizerischen Bundesversammlung ist jedenfalls der gleichen Meinung, wie jener zur Zeit des Zonenprozesses. Er war gut.

#### Verstärkung der Berliner Versorgung

#### Clay: Tägliche Luftfracht soll auf 8000 Tonnen erhöht werden

Berlin, 1. Aug. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay kündigte auf einer Pressekonferenz am Samstag eine weitere Steigerung der Versorgung Berlins auf dem Luftweg an. Eine Erhöhung der täglichen Luftfracht auf 8000 Tonnen wird laut Clay nach Fertigstellung eines dritten Flugplatzes im französischen Sektor möglich sein. Die Luftbrücke nach Berlin wird solange aufrecht erhalten, wie es die Umstände erfordern. Eine Versorgung der Stadt könne jedoch nicht zu einem Dauerzustand werden.

Falls sich die gegenwärtige politische Situation nicht ändert, wird der Winter zweifellos große Härten für die Bevölkerung der Westsektoren mit sich bringen. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern auch solche, wie Öl, Kohle und Treibstoffe, wird nach den Worten des Generals auf jeden Fall sichergestellt werden.

Clay betonte, daß die Vereinigten Staaten unmißverständlich auf ihr Recht auf Anwesenheit und Weiterverbleiben in Berlin hingewiesen haben und kündigte eine Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Lösung der Berliner Krise an. Die Westmächte seien nach wie vor bereit, eine Beilegung bestehender Konflikte auf der Basis von Viermächteverhandlungen herbeizuführen, die jedoch ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in Westdeutschland sein werden. Eine Änderung des alliierten Planes der Westmächte zur Bildung einer

#### Steigerung der Berliner Versorgung

#### Clay: Tägliche Luftfracht soll auf 8000 Tonnen erhöht werden

Berlin, 1. Aug. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay kündigte auf einer Pressekonferenz am Samstag eine weitere Steigerung der Versorgung Berlins auf dem Luftweg an. Eine Erhöhung der täglichen Luftfracht auf 8000 Tonnen wird laut Clay nach Fertigstellung eines dritten Flugplatzes im französischen Sektor möglich sein. Die Luftbrücke nach Berlin wird solange aufrecht erhalten, wie es die Umstände erfordern. Eine Versorgung der Stadt könne jedoch nicht zu einem Dauerzustand werden.

Falls sich die gegenwärtige politische Situation nicht ändert, wird der Winter zweifellos große Härten für die Bevölkerung der Westsektoren mit sich bringen. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern auch solche, wie Öl, Kohle und Treibstoffe, wird nach den Worten des Generals auf jeden Fall sichergestellt werden.

Clay betonte, daß die Vereinigten Staaten unmißverständlich auf ihr Recht auf Anwesenheit und Weiterverbleiben in Berlin hingewiesen haben und kündigte eine Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Lösung der Berliner Krise an. Die Westmächte seien nach wie vor bereit, eine Beilegung bestehender Konflikte auf der Basis von Viermächteverhandlungen herbeizuführen, die jedoch ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in Westdeutschland sein werden. Eine Änderung des alliierten Planes der Westmächte zur Bildung einer

#### Steigerung der Berliner Versorgung

#### Clay: Tägliche Luftfracht soll auf 8000 Tonnen erhöht werden

Berlin, 1. Aug. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay kündigte auf einer Pressekonferenz am Samstag eine weitere Steigerung der Versorgung Berlins auf dem Luftweg an. Eine Erhöhung der täglichen Luftfracht auf 8000 Tonnen wird laut Clay nach Fertigstellung eines dritten Flugplatzes im französischen Sektor möglich sein. Die Luftbrücke nach Berlin wird solange aufrecht erhalten, wie es die Umstände erfordern. Eine Versorgung der Stadt könne jedoch nicht zu einem Dauerzustand werden.

Falls sich die gegenwärtige politische Situation nicht ändert, wird der Winter zweifellos große Härten für die Bevölkerung der Westsektoren mit sich bringen. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern auch solche, wie Öl, Kohle und Treibstoffe, wird nach den Worten des Generals auf jeden Fall sichergestellt werden.

Clay betonte, daß die Vereinigten Staaten unmißverständlich auf ihr Recht auf Anwesenheit und Weiterverbleiben in Berlin hingewiesen haben und kündigte eine Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Lösung der Berliner Krise an. Die Westmächte seien nach wie vor bereit, eine Beilegung bestehender Konflikte auf der Basis von Viermächteverhandlungen herbeizuführen, die jedoch ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in Westdeutschland sein werden. Eine Änderung des alliierten Planes der Westmächte zur Bildung einer

#### Steigerung der Berliner Versorgung

#### Clay: Tägliche Luftfracht soll auf 8000 Tonnen erhöht werden

Berlin, 1. Aug. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay kündigte auf einer Pressekonferenz am Samstag eine weitere Steigerung der Versorgung Berlins auf dem Luftweg an. Eine Erhöhung der täglichen Luftfracht auf 8000 Tonnen wird laut Clay nach Fertigstellung eines dritten Flugplatzes im französischen Sektor möglich sein. Die Luftbrücke nach Berlin wird solange aufrecht erhalten, wie es die Umstände erfordern. Eine Versorgung der Stadt könne jedoch nicht zu einem Dauerzustand werden.

Falls sich die gegenwärtige politische Situation nicht ändert, wird der Winter zweifellos große Härten für die Bevölkerung der Westsektoren mit sich bringen. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern auch solche, wie Öl, Kohle und Treibstoffe, wird nach den Worten des Generals auf jeden Fall sichergestellt werden.

Clay betonte, daß die Vereinigten Staaten unmißverständlich auf ihr Recht auf Anwesenheit und Weiterverbleiben in Berlin hingewiesen haben und kündigte eine Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Lösung der Berliner Krise an. Die Westmächte seien nach wie vor bereit, eine Beilegung bestehender Konflikte auf der Basis von Viermächteverhandlungen herbeizuführen, die jedoch ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in Westdeutschland sein werden. Eine Änderung des alliierten Planes der Westmächte zur Bildung einer

#### Steigerung der Berliner Versorgung

#### Clay: Tägliche Luftfracht soll auf 8000 Tonnen erhöht werden

Berlin, 1. Aug. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay kündigte auf einer Pressekonferenz am Samstag eine weitere Steigerung der Versorgung Berlins auf dem Luftweg an. Eine Erhöhung der täglichen Luftfracht auf 8000 Tonnen wird laut Clay nach Fertigstellung eines dritten Flugplatzes im französischen Sektor möglich sein. Die Luftbrücke nach Berlin wird solange aufrecht erhalten, wie es die Umstände erfordern. Eine Versorgung der Stadt könne jedoch nicht zu einem Dauerzustand werden.

Falls sich die gegenwärtige politische Situation nicht ändert, wird der Winter zweifellos große Härten für die Bevölkerung der Westsektoren mit sich bringen. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern auch solche, wie Öl, Kohle und Treibstoffe, wird nach den Worten des Generals auf jeden Fall sichergestellt werden.

Clay betonte, daß die Vereinigten Staaten unmißverständlich auf ihr Recht auf Anwesenheit und Weiterverbleiben in Berlin hingewiesen haben und kündigte eine Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Lösung der Berliner Krise an. Die Westmächte seien nach wie vor bereit, eine Beilegung bestehender Konflikte auf der Basis von Viermächteverhandlungen herbeizuführen, die jedoch ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in Westdeutschland sein werden. Eine Änderung des alliierten Planes der Westmächte zur Bildung einer

### Die deutschen Guthaben im Ausland

Seit Kriegsende sind die deutschen Auslandsguthaben in Höhe von etwa 1 Milliarde Gold und Devisen, die in der Schweiz, in Spanien und Schweden deponiert oder als Wertpapiere börsennotierte Vermögensdarstellungen, wiederholt Gegenstand eingehender Beratungen, aber auch starker Verstimmungen geworden. Nachdem Schweden auf Grund seiner Abkommen mit den USA, England und Frankreich etwa 235 Millionen Kronen als Gegenwert deutscher Vermögens überweisen und selbst Spanien nicht gezögert hat, rund 80 Millionen Pesetas als Gegenwert für deutsche Aktien zu überweisen, ist es in den letzten vier Wochen zwischen der Schweiz und den USA zu Verstimmungen gekommen, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Im Herbst 1944 wurde zwischen der Eidgenossenschaft und den USA das sogenannte Curry-Abkommen geschlossen. Auf Grund desselben löste die Schweiz in stark einseitiger und neutralitätswidriger Weise sämtliche mit Deutschland bestehende Abkommen und begründete dieses Verhalten mit der grundsätzlichen auch in Nürnberg durch den amerikanischen Hauptanklage-Vertreter nicht akzeptierten Behauptung, die mit dem Reich abgeschlossenen Verträge seien infolge der Lieferungsunmöglichkeit Deutschlands einseitig geworden. Dieses Curry-Abkommen war das Präliminum des sogenannten Washingtoner Abkommens zwischen Bern und den USA. Dasselbe bestimmte das Los der deutschen Guthaben im Ausland sowie des sogenannten Raubgoldes, das die zuständigen deutschen Stellen während des Krieges in den besetzten Ländern an sich gerissen und der Schweizerischen Nationalbank verkauft hatten.

Inzwischen begann das Interalliierte Reparationskomitee in Brüssel seine Arbeiten. Seine Aufforderung an die Schweiz, seine erste Rate von 100 Millionen Schweizer Fr. als 6-monatige Zahlung zu überweisen, wurde vom Bundesrat in Bern strikte abgelehnt; denn nicht das Interalliierte Reparationskomitee war Vertragspartnerin der Schweiz, sondern die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs. Großbritannien Unterstaatssekretär Mayhew hatte im Unterhaus einen Vorstoß gegen Bern unternommen. Es wurde angeklagt, die Verschleppung der deutschen Guthaben-Angelegenheit zu betreiben. Diese Beschuldigung wurde in der Schweiz mit um so stärkerem Befremden aufgenommen, als Mayhew auch von diplomatischen Noten der Öffentlichkeit Kenntnis gab, die der französische Botschafter und die Gesandten Washingtons und Londons am 11. Mai 1948 in Bern überreicht hatten. Der seit je vertretene Standpunkt der Schweiz geht dahin, daß die Liquidierung der deutschen Guthaben nur und erst dann vorgenommen würde, wenn eine Einigung über den Umrechnungskurs zwischen Franken und Mark auf dem Wege der Verhandlungen erzielt worden ist. Alle diesbezüglichen Versuche führten zu keinem Ergebnis. Im übrigen erklärte der Bundesrat, diese Streitfrage dem in Washingtoner Finanzabkommen vorgesehenen Schiedsgericht unterbreiten zu wollen.

Inzwischen scheinen nach schweizerischer Darlegung die USA eine Verkopplung des deutschen Guthaben-Problems mit den schweizerischen Kriegsschäden zu versuchen. Auf Antrag einer Kommission des amerikanischen Repräsentantenhauses hat nach Pressmeldungen das amerikanische Staatsdepartement die Bereitstellung von 10,6 Millionen Dollar zur Deckung der schweizerischen Kriegsschäden-Ansprüche, vor allem wegen der Bombardierung Schaffhausens, abgelehnt. Mit Befremden sollte die schweizerische Öffentlichkeit fest, daß die schweizerischen Entschädigungsansprüche mit den deutschen Guthaben-Fragen nicht gemein haben, daß weiterhin diese Ansprüche durch die USA bereits seit längerem anerkannt sind, so daß die Liquidierung der deutschen Guthaben einzig, die mangelnde Mitwirkung der Alliierten im Wege steht. Der Bundesrat hat auf die alliierte Note vom 11. Mai 1948 die Antwort erteilt, daß die Schweiz von ihrem eigenennommenen Standpunkt in der deutschen Guthaben-Frage nicht abgehen könne. Ebenso war vorher schon durch die Schweizerische offiziöse Telegraphen-Agentur die Behauptung des Interalliierten Reparations-Ausschusses in Brüssel zurückgewiesen worden, die Schweiz habe es sich angelegen sein lassen, die Interessen einer kleinen Gruppe deutscher Eigentümer zu schützen, während sie die moralischen und rechtlichen Ansprüche der Alliierten mißachte! Außerdem wurde durch das Politische Departement in Bern die Feststellung getroffen, daß die in den letzten Tagen eingetroffenen alliierten Antworten auf die vom Politischen Departement mit Bezug auf die Durchführungsmöglichkeit des Abkommens gestellten Fragen die notwendige Klärung nicht gebracht haben. Damit dürfte die durch die Schweiz vorgeschlagene und im Washingtoner Abkommen vorgesehene Schiedsgericht nach seiner Annahme durch die USA, England und Frankreich in Funktion treten, dies um so mehr, als die Schweiz auch den Standpunkt vertritt, daß die durch die amerikanische und niederländische Regierung aufgeworfene Frage der während des Krieges in Holland beschlagnahmten Goldbestände der Niederländischen Bank so wie alle anderen Ansprüche alliierter Regierungen oder ihrer Notenbanken durch die bereits erfolgte Zahlung von 250 Millionen Franken als endgültig erledigt zu betrachten sind, soweit es sich um während des Krieges von der Schweiz erworbenes Gold handelt.

Zur Überprüfung das amerikanische State Department den schweizerischen Schiedsgerichts-Vorschlag. Es darf damit gerechnet werden, daß angesichts amerikanischer Vorliebe für schiedsrichterliche Verfahren die Zustimmung der USA — vielleicht mit einigen Vorbehalten — erfolgen wird. Schon einmal hat die Schweiz gegen einen europäischen Großstaat, Frankreich, einen Prozeß vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag geführt; anläßlich des Genfer Zonenstreits. Die Schweiz hat diesen Prozeß gewonnen. Wird es auch den neu geplanten gewinnen? Der Rechtsausschuss der schweizerischen Bundesversammlung ist jedenfalls der gleichen Meinung, wie jener zur Zeit des Zonenprozesses. Er war gut.

#### Verstärkung der Berliner Versorgung

#### Clay: Tägliche Luftfracht soll auf 8000 Tonnen erhöht werden

Berlin, 1. Aug. (Dena) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius D. Clay kündigte auf einer Pressekonferenz am Samstag eine weitere Steigerung der Versorgung Berlins auf dem Luftweg an. Eine Erhöhung der täglichen Luftfracht auf 8000 Tonnen wird laut Clay nach Fertigstellung eines dritten Flugplatzes im französischen Sektor möglich sein. Die Luftbrücke nach Berlin wird solange aufrecht erhalten, wie es die Umstände erfordern. Eine Versorgung der Stadt könne jedoch nicht zu einem Dauerzustand werden.

Falls sich die gegenwärtige politische Situation nicht ändert, wird der Winter zweifellos große Härten für die Bevölkerung der Westsektoren mit sich bringen. Die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern auch solche, wie Öl, Kohle und Treibstoffe, wird nach den Worten des Generals auf jeden Fall sichergestellt werden.

Clay betonte, daß die Vereinigten Staaten unmißverständlich auf ihr Recht auf Anwesenheit und Weiterverbleiben in Berlin hingewiesen haben und kündigte eine Fortsetzung der Bemühungen um eine friedliche Lösung der Berliner Krise an. Die Westmächte seien nach wie vor bereit, eine Beilegung bestehender Konflikte auf der Basis von Viermächteverhandlungen herbeizuführen, die jedoch ohne Einfluß auf die politische Entwicklung in Westdeutschland sein werden. Eine Änderung des alliierten Planes der Westmächte zur Bildung einer

#### Steigerung der Berliner Versorgung

#### Clay: Tägliche Luftfracht soll auf 8000 Tonnen erhöht werden

